

14/1992

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Peter Hintze genießt sehr großes Vertrauen in der Partei

Peter Hintze wird neuer Generalsekretär und Nachfolger von Volker Rühle. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfrauenministerium und Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 27. April nach einer Sitzung des Parteipräsidiums im Konrad-Adenauer-Haus seinen Vorschlag und die einhellige Zustimmung des Parteigremiums bekanntgegeben.

Kohl hat sich nach seinen Worten bei diesem Vorschlag davon leiten lassen, daß mit Hintze ein Mann der jüngeren Generation zur Verfügung steht, der nach seiner Ausbildung und seinem politischen Lebensweg besonders geeignet ist, die Aufgaben des Generalsekretärs wahrzunehmen, und der vor allem in der Partei großes Vertrauen genießt.

Nach der Parteisatzung wird die eigentliche Nominierung Hintzes zwar erst auf der nächsten Sitzung des Bundesausschusses am 15. Juni stattfinden. Aber auf Wunsch des Parteipräsidiums nimmt Hintze die Geschäfte des Generalsekretärs unmittelbar auf. ■

## HEUTE AKTUELL

### ● Generalsekretär

Peter Hintze: Die Leute erwarten von uns, daß wir Probleme lösen. Seite 2

### ● Grundsatzprogramm

Menschen unterschiedlicher Nationalitäten in Deutschland. Seite 5

### ● Wolga-Republik

Begründete Hoffnung auf eine neue Heimat für Rußlanddeutsche. Seite 8

### ● Stasi

Desinformations-Kampagne um Stolpe. Seite 10

### ● Medien

Joseph-Theodor Blank: Duales Rundfunksystem in der Krise. Seite 14

Pressemarkt in den neuen Bundesländern: Regionalzeitungen mit hohem Anteil politischer Berichterstattung. Seite 17

### ● Öffentlichkeitsarbeit

Materialien für Ihre Europa-Aktionen. Seite 19

### ● Dokumentation

Schwerpunkte in der Kriminalitäts-Bekämpfung. Grüner Teil

# Peter Hintze: Die Leute erwarten von uns, daß wir Probleme lösen

**Auf der Pressekonferenz mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, am 27. April 1992 im Konrad-Adenauer-Haus erklärte der designierte Generalsekretär Peter Hintze:**

Die erste Begegnung mit der Bundespartei hatte ich 1971 auf dem Saarbrücker Parteitag. Da haben wir versucht, einen jungen Reformen zum Bundesvorsitzenden zu machen. Das ist dann erst im zweiten Anlauf gelungen. Für mich — nun als Generalsekretär — ist es schon denkwürdig, ihn heute wieder unterstützen zu können.

Ich empfinde die Aufgabe in dieser Zeit als moralische und intellektuelle Herausforderung angesichts der Tatsache, daß die Politik in Deutschland schwieriger geworden ist.

Deutschland ist größer, die Aufgaben sind größer, und die Hoffnungen und Befürchtungen der Menschen sind größer. Die Volksparteien bekommen das zu spüren, nicht alleine die CDU. Sie müssen sich neu fragen, wie sie politische Entscheidungsprozesse transparent machen können, wie politisches Interesse und politische Arbeit organisiert werden muß.

Das Konzept Volkspartei bleibt richtig, aber es bedarf der Überprüfung. Stichworte dazu sind: das Verhältnis zwischen jung und alt, das Verhältnis zwischen Frauen und Männern und auch die Frage, wie wir Leute, die sich der Wahl verweigern oder eine Proteststimme abgeben, zurückgewinnen können.

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus ist der Utopieplatz verwaist, das finde ich auch gar nicht schlimm. Aber die Sehnsucht der Menschen nach guten



Ideen für die Zukunft ist geblieben. Wir versuchen ja im Moment, mit der Grundsatzarbeit unter Reinhard Göhner eine fruchtbare Diskussion in Gang zu bekommen.

Zum Schluß noch etwas zum Stil. Nach meiner Politik- und Lebenserfahrung, auch meiner Erfahrung als Pfarrer, reagieren die meisten Menschen negativ auf künstliche Gegensätze und auf Konflikte um des Konflikts willen. Sie erwarten von uns, daß wir Probleme lösen. Ich habe mir vorgenommen, fair und zuweilen auch fröhlich zu streiten und nachdenklich dazu beizutragen, daß wir gute Lösungen finden.

Dafür möchte ich mich einsetzen und den Vorsitzenden bei seiner Arbeit unterstützen.

# Helmut Kohl: Wir müssen unseren Beitrag zum Wachstum leisten

Ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die kommenden Monate hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, nach der ersten Präsidiums-sitzung nach der Osterpause angekündigt und darauf hingewiesen, daß — abgesehen von den Kommunalwahlen in Berlin und Hessen — in den nächsten 18 Monaten keine Wahlen stattfinden. Die CDU sei deshalb fest entschlossen, diese Zeit für die Arbeit in der Partei, in der Koalition und in der Regierung zu nutzen.

Als erstes der wichtigen Themen, die in den nächsten Wochen angegangen werden müssen, nannte der Bundeskanzler die Pflegeversicherung. Aber gleich danach betonte er die Notwendigkeit, mit der SPD die bereits angekündigten Gespräche über das Zustandekommen einer verfassungsändernden Mehrheit in beiden Kammern zu führen.

Dabei geht es um die Verträge von Maastricht über die Wirtschafts-, Währungs- und Politische Union, bei deren Ratifizierung die Bundesrepublik Deutschland im zeitlichen Ablauf gegenüber den anderen Vertragspartnern nicht ins Hintertreffen geraten dürfe. Es geht auch um das

Schengener Abkommen, mit dem die dringend notwendige Änderung des Asylrechts verbunden ist.

„Absolut zwingend“ ist nach den Worten des Bundeskanzlers die vorgesehene Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Diese Neuordnung ist für Helmut Kohl auch schon deswegen von allergrößter Bedeutung, weil die Bundesrepublik ihren Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Industrienationen der Welt zu leisten habe.

Helmut Kohl: Wir werden in diesem Zusammenhang auch im Blick auf den Weltwirtschaftsgipfel in München nur bestehen können, wenn wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, das heißt unseren Beitrag zum Wachstum leisten.

Wenn es bei der Inflationsrate wieder zu einer drei vor dem Komma kommen soll, wofür der Bundeskanzler gute Chancen sieht, dann setze das voraus, daß die Neuverschuldung im Bundeshaushalt auf 2,5 Prozent begrenzt bleibt. Er, so der Bundeskanzler, habe die feste Absicht, bei den Beratungen im Kabinett an dieser Begrenzung festzuhalten. ■

## ZWEI WOCHEN VOR RIO

lädt die CDU zu ihrem 2. Umweltforum ein. Zwei Wochen vor der wichtigen Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ der Vereinten Nationen diskutieren Experten über Möglichkeiten, die Vernichtung der Wälder, die drohende Zerstörung der Ozonschicht, die Gefahr weltweiter Klimaveränderungen zu vermeiden, und über den

„Weg zu einer weltweiten Umweltpartnerschaft“.

● Das 2. Umweltforum findet am Freitag, den 15. Mai 1992 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn statt.

### ● Anmeldungen

Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Telefon (0228) 544527

## Kommentare

### Ein glücklicher Griff

Hintze genießt das Vertrauen von Partei- und Regierungschef Helmut Kohl, der schon immer viel für den Pfarrer aus Königswinter übrig hatte. Allerdings setzt er nun auch große Erwartungen in den neuen General. Denn um die CDU steht es wie um alle anderen Volksparteien nicht gut. Enttäuschte Bürger müssen für die seit knapp zehn Jahren wieder regierende Union zurückgewonnen werden.

Nur wenn es gelingt, die CDU von der Basis bis zur Spitze in Bonn zu mobilisieren, wird die Partei neue Ideen und Kräfte freisetzen. Vor allem aber wird Hintze sofort damit beginnen müssen, die Union auf das Jahr 1994 mit seinen 19 unterschiedlichen Wahlen vorzubereiten.

Schon jetzt kann man sagen, daß Kohl mit Hintze einen glücklichen Griff getan hat.

**Kölnische Rundschau**

\*\*\*

### Aufstieg ohne Verletzungen anderer

Die Benennung von Peter Hintze zum neuen CDU-Generalsekretär kennzeichnet den Umbruch- und Verjüngungsprozess in der Führung der CDU. Anders als in der SPD rücken bei der CDU die nach 1950 Geborenen nach vorne. Göhner (Jahrgang 1953) wurde Vorsitzender der Programm-Kommission, Rüttgers (1951) Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. Nun tritt Hintze (1950 in Bad Honnef bei Bonn geboren) die Nachfolge Volker Rühes an. Hintze ist ein Vertreter dieser neuen Generation der CDU. Er ist wertorientiert, aber nicht ideologisch.

Den neuen Führungsmann im Konrad-Adenauer-Haus hat es ausgezeichnet, wie es ihm seit 1984 als Zivildienstbeauftrag-

ten der Bundesregierung gelungen war, die hitzige Debatte über Wehrpflicht und Verweigerung zu beruhigen. Seine Gesprächsoffenheit gegenüber den Zivildienstleistenden paarte sich mit Grundsatztreue zur Landesverteidigung, was ihn den gewiß nicht CDU-geneigten Organisationen der Wehrdienstverweigerer zu einem kompetenten Gesprächspartner machte.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

\*\*\*

### Freundlich und durchsetzungsstark

Als freundlich und durchsetzungsfähig beschreiben ihn jene, die ihn gut kennen: Peter Hintze, der neue CDU-Generalsekretär, wird diese Eigenschaften brauchen, wenn er seine Partei, die in der Wählergunst tief gesunken ist und nicht nur in Ostdeutschland mitten im Umbruch steckt, wieder nach oben bringen will. Ihm dürfte dabei sein guter Draht zum Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl zugute kommen, der ihn seit längerem für einen wichtigen Posten vorgesehen hatte.

**Kölner Stadt-Anzeiger**

\*\*\*

### Kohl-Mann der ersten Stunde

Der evangelische Theologe macht kein Hehl daraus, ein „Kohl-Mann der ersten Stunde“ zu sein. 1971 trat der damals 21jährige als frischgebackenes Mitglied im Bundesvorstand des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) engagiert auf dem Saarbrücker CDU-Parteitag für die Wahl Kohls als Parteichef ein. Zwar war Kohl seinerzeit Rainer Barzel unterlegen, doch er hat seinen jungen Mitstreiter dessen Einsatz wohl nicht vergessen. Heute paßt der jugendlich wirkende Hintze so recht in das Bild von Führungskräften, die sich der Parteivorsitzende für die CDU wünscht.

**Rheinische Post**

# Menschen unterschiedlicher Nationalitäten in Deutschland

Im Anschluß an die Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission vom 24. April 1992 erklärten Reinhard Göhner und Rupert Scholz zur aktuellen Diskussion über Zuwanderungsfragen:

Die Grundsatzprogramm-Kommission knüpft mit ihren Überlegungen an den diesbezüglichen Teil des Beschlusses des Bundesparteitages zum „Dresdner Manifest“ an: Die Welt wächst nicht nur wirtschaftlich zusammen. Derzeit leben über 5 Millionen Ausländer in Deutschland. Mit dem Prozeß der Europäischen Einigung und der zunehmenden internationalen Verflechtung Deutschlands werden künftig mehr Ausländer nach Deutschland kommen und mehr Deutsche ins Ausland gehen.

Wir sind ökonomisch und sozial auf die Mitwirkung ausländischer Mitbürger in unserem Land angewiesen. Ausländische Mitbürger bereichern mit ihren Beiträgen zum kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Leben uns alle. Die CDU setzt sich für ein gutes Miteinander von Deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. Wir wenden uns entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt. Die CDU wird sich weiterhin intensiv bemühen, die Ursachen, die zur Ausländerfeindlichkeit führen, zu beseitigen.

Wir stellen uns schützend vor alle Menschen, die bei uns leben. Diese Gedanken des Dresdner Manifestes werden von der Grundsatzprogramm-Kommission in vollem Umfang aufgenommen.

Durch den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts vollzieht sich zur Zeit in

Deutschland eine unregelte Zuwanderung. Wir bekennen uns zum verfassungsmäßig garantierten individuellen Grundrecht auf Asyl, das jedem politisch Verfolgten Schutz gewährt. Das Asylrecht ist allerdings weder geeignet noch dazu gedacht, die Zuwanderung von Ausländern zu regeln oder die wirtschaftliche Not in anderen Ländern der Erde zu lindern.

Damit das Asylrecht nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt wird, ist eine Ergänzung des Grundgesetzes unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention unverzichtbar. Asylbewerber aus Ländern, in denen zweifelsfrei keine Verfolgung stattfindet, oder die in einem Drittland Zuflucht gefunden haben oder deren Anträge in einem anderen EG-Land rechtsverbindlich abgelehnt worden sind,

## Mißbrauch verhindern

sollen unmittelbar ohne vorläufiges Bleiberecht zurückgewiesen werden können. Die Verfassungsergänzung muß außerdem gewährleisten, daß in einem Europa der offenen Grenzen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedstaaten harmonisiert und in das deutsche Recht übernommen werden können.

Die Beseitigung des massenhaften Asylmißbrauches und die europäische Harmonisierung des Asylrechtes sind Voraussetzung für eine gesetzliche Regelung einer begrenzten Zuwanderung.

Auch die Zuwanderung ausländischer Mitbürger bedarf einer europäischen Regelung. Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft mit der freien Wahl des Wohnortes und des

## Verbesserung beim Kindergeld

**Familien mit einem behinderten Kind, die zur Zeit gemindertem Kindergeld bekommen, können ab diesem Jahr unter bestimmten Voraussetzungen ein höheres Kindergeld erhalten.**

Eltern, die mit ihrem Einkommen über den Grenzen für das volle Kindergeld liegen, wird ab 1992 für ein behindertes Kind — analog zur steuerlichen Anrechnung durch das Finanzamt — ein Behinderten-Pauschbetrag vom Einkommen abgezogen. Bei der Festsetzung des einkommensabhängig reduzierten Kindergeldes kann sich dadurch möglicherweise eine Leistungsverbesserung ergeben.

Das Bundesfamilienministerium weist

darauf hin, daß Eltern, die derartige Abzugsbeträge geltend machen können, ihre zuständige Kindergeldstelle um eine Überprüfung bitten sollten. Notwendig ist dies, weil die Einkommensprüfung für das Leistungsjahr 1992 in der Regel bereits erfolgt ist. Die Kindergeldstellen können deshalb die erwähnte Neuregelung durch das Steueränderungsgesetz 1992 nicht mehr automatisch berücksichtigen.

Sofern der Kindergeldstelle der Grad der Behinderung des Kindes nicht bekannt ist, empfiehlt es sich, den Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes vorzulegen. Falls der Kindergeldstelle kein Steuerbescheid vorgelegt, ist auch dieser einzureichen.

Arbeitsplätze für alle EG-Bürger machen es auf Dauer unausweichlich, daß sich die Mitgliedstaaten untereinander über die Kriterien einer geordneten Zuwanderung im Rahmen einer europäischen Zuwanderungsregelung verständigen.

Eine solche Vereinbarung auf europäischer Ebene und die Beseitigung des massenhaften Mißbrauchs des Asylrechtes müssen einer nationalen gesetzlichen Zuwanderungsregelung vorausgehen.

Eine solche gesetzliche Zuwanderungsregelung in der Bundesrepublik hat sich an den Interessen und Bedürfnissen unseres Landes zu orientieren. Sie muß berücksichtigen, daß die Freizügigkeit der EG-Bürger ebenso Vorrang vor der Zuwanderung anderer Ausländer hat wie die Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Rechte deutscher Aussiedler.

Wichtige Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist die Bereitschaft zur gesell-

schaftlichen und kulturellen Integration. Wir treten dafür ein, die Möglichkeiten für die Einbürgerung ausländischer Mitbürger zu erleichtern, soweit sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen: Das Bekenntnis zu unserer Verfassung sowie gute Sprachkenntnisse sind wichtige Voraussetzungen für die Einbürgerung. Ausländer, die bei uns geboren werden, sollten eine Option bekommen, deutsche Staatsbürger zu werden.

Weder das Asylrecht noch eine geregelte Zuwanderung können die Probleme der weltweiten Armutswanderung lösen. Armut und Elend, Bürgerkriege und Umweltkatastrophen sind Ursachen von Völkerwanderungen. Diese Probleme können nur durch die Bekämpfung der Ursachen in den Ländern wirksam gelöst werden. Dazu ist eine verstärkte Hilfe aller Industrieländer erforderlich, insbesondere aber auch die Öffnung der Märkte und eine Entschuldung der unterentwickelten Länder der Erde.

# Gegen doppelte Staatsangehörigkeit

**Zu den Forderungen nach einer generellen Zulassung doppelter Staatsangehörigkeiten erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht ist vom Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit geprägt. Dieser Grundsatz beruht auf der Erkenntnis, daß im Normalfall Mehrstaatigkeit grundsätzlich nicht im Interesse der Staaten und der Bürger liegt. Im einzelnen gilt folgendes:

● Doppelstaatsangehörigkeit führt zum Widerstreit von Pflichten und Rechten gegenüber unterschiedlichen Staaten und Rechtsordnungen. Dies gilt z. B. für die Frage, wo Wehrpflicht abgeleistet werden muß. Auch wird die Frage der Loyalität gegenüber dem Staat ganz allgemein berührt. Offensichtlich wird dies, wenn es zu Spannungen — oder auch nur zu Interessengegensätzen — zwischen den jeweiligen Staaten kommt.

● Doppelstaatsangehörigkeit führt zu Rechtsunsicherheiten bei Rechtsverhältnissen, die in den beteiligten Staaten ungleich beurteilt werden. Regelungen des Familienrechts und des Erbrechts sind von Land zu Land teilweise unterschiedlich. Da diese familien- und erbrechtlichen Regelungen vielfach an die Staatsangehörigkeit anknüpfen, kann das z. B. dazu führen, daß Ehen in einem Land als gültig, in einem anderen als nicht bestehend angesehen werden, mit allen sich daraus möglicherweise ergebenden Weiterungen, z. B. für Kinder.

● Die Zulassung von Doppelstaatsangehörigkeit kann im Ergebnis zu einer ungerechtfertigten Besserstellung der mit ihr versehenen Personen führen. Der „einfache“ deutsche Staatsbürger hat z. B. nicht wie der Doppelstaatler die Möglichkeit,

den konsularischen Schutz eines weiteren Staates in Anspruch zu nehmen. Dies kann in Krisenzeiten von Bedeutung werden.

● Mit der generellen Zulassung einer Doppelstaatsangehörigkeit würde der Staat im übrigen eine Sonderstellung von Deutschen mit zwei Staatsbürgerschaften gegenüber Deutschen mit nur einer Staatsangehörigkeit anerkennen. Dies könnte zu durchaus konsequenten Nachfolgeforderungen führen, z. B. dahingehend, daß diese „Sondergruppen“ dann auch Minderheitenrechte in den Parlamenten beanspruchen könnten. „Deutsche aus der Türkei“, „Deutsche aus Kroatien“ verlangen z. B. dann einen Sonderstatus.

● Gegen eine allgemeine Zulassung von Mehrstaatigkeit sprechen auch internationale Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Eine grundsätzliche Zulassung von Doppelstaatsangehörigkeit würde danach gegen internationales Recht verstoßen. Wie die Bundesrepublik Deutschland sind von den Mitgliedstaaten der EG auch Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und Spanien dem internationalen Abkommen vom 6. Mai 1963 über die Verringerung von Mehrstaatigkeit beigetreten. Auch Norwegen, Österreich, Irland und Schweden sind im übrigen Vertragspartner dieses Übereinkommens. Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit wird in diesen Staaten größtenteils in einer dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht vergleichbaren Weise praktiziert.

Aus diesen Gründen ist es richtig, an der Position festzuhalten, nach der eine generelle Zulassung von doppelter „Staatsangehörigkeit“ nicht in Betracht kommt. ■

# Begründete Hoffnung auf eine neue Heimat für Rußlanddeutsche

**Zum Ergebnis der Verhandlungen des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, mit dem russischen Minderheitenminister Valerij Tischkow über die schrittweise Wiederherstellung einer Wolga-Republik der Deutschen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues:**

Das jetzt unterzeichnete deutsch-russische Protokoll gibt den Rußlanddeutschen begründete Hoffnung auf eine neue Heimat und ist ein wichtiger Etappen-erfolg für die Politik der Bundesregierung. Diese Politik zielt darauf ab, den Rußlanddeutschen eine Alternative zur Ausreise nach Deutschland zu geben und eine konkrete Zukunftsperspektive in Rußland anzubieten, wo ein Großteil von ihnen aufgrund ihrer sozialen, wirtschaftlichen, sprachlichen und kulturellen Bindungen bleiben möchte.

Valerij Tischkow hat bekräftigt, daß die russische Regierung Abstand von der Idee Präsident Jelzins genommen habe, die Rußlanddeutschen auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes anzusiedeln, und das ist gut so. Ein neues Angebot zur Bildung zweier autonomer Bezirke konzentriert sich jetzt auf ein Gebiet im Zentrum der früheren Wolga-Republik in der Nähe der Stadt Engels und dem Grenzbereich der ehemaligen Wolga-Republik am Elton-See.

Es ist zu wünschen, daß bei der Verwirklichung dieser Pläne nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden und die heute in der Region lebenden Russen, die dem Projekt teilweise noch ablehnend gegenüberstehen, von Anfang an mit ein-

bezogen werden. Russen und Deutsche sollen zukünftig friedlich miteinander zusammenleben. Dies ist nur möglich, wenn der Aufbau autonomer oder später auch eigenstaatlicher Strukturen nicht von oben diktiert, sondern im Konsens aller Beteiligten gelingt.

Das Interesse zahlreicher Unternehmen aus der Bundesrepublik an Investitionen in einer zukünftigen Republik der Rußlanddeutschen ist eine wichtige Ergänzung zu den Hilfen der Bundesregierung für die kompakten Siedlungsgebiete der Deutschen in Rußland.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion appelliert insbesondere an die Sprecher der Vereinigungen der Rußlanddeutschen, die neuen Angebote und Perspektiven ernsthaft zu prüfen, auch wenn es zur Zeit noch keine staatliche Garantie für eine autonome Republik gibt. Denn für viele Rußlanddeutsche ist die Ausreise nur die zweitbeste Alternative.

## Nahrungsmittelhilfe für Rußland angelaufen

Mit Anerkennung hat Bundesverteidigungsminister Volker Rühle den Bericht über die Verteilung der EG-Nahrungsmittelhilfe zur Kenntnis genommen und den Vorschlag begrüßt, die Hilfe mit maßgeblicher Unterstützung durch Soldaten der Bundeswehr über Moskau und St. Petersburg hinaus auf weitere russische Städte auszudehnen. So werden ab Mai die Städte Tscheljabinsk, Saratow und Nishni-Nowgorod mit EG-Hilfslieferungen versorgt werden.



## Investitionen in den neuen Ländern steigen um 70 Prozent

Die westdeutschen Unternehmen werden 1992 in den neuen Ländern fast 44 Milliarden Mark investieren. Dies sind fast 70 Prozent mehr als 1991. Im letzten Jahr wurden 25 Milliarden Mark investiert. Die Industrie wird 1992 18 Milliarden Mark — nach neun Milliarden Mark im Jahr 1991 — ausgeben.

Die Bundespost wird für die Modernisierung und Erweiterung der Kommunikationsstrukturen zehn Milliarden Mark — nach sieben Milliarden Mark 1991 — investieren. Die Strom- und Gaswirtschaft wird — nach 3,5 Milliarden Mark 1991 — 1992 5,5 Milliarden Mark ausgeben. Es ist zu hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung über

die Klage der ostdeutschen Kommunen zum Stromvertrag bald treffen wird, da dadurch derzeit Milliardenbeträge blockiert sind.

Auch Handel, Banken, Versicherungen und andere Dienstleister haben ihre Investitionstätigkeit gegenüber dem letzten Jahr gesteigert. Zu diesen Investitionen der Wirtschaft kommen noch Ausgaben der Wohnungswirtschaft für neue Wohnungen und der öffentlichen Hand für den Ausbau der Verkehrswege und für Umweltschutzprojekte in Höhe von 26 Milliarden Mark. Somit belaufen sich die Investitionen in den neuen Ländern 1992 auf 70 Milliarden Mark.

**Matthias Wissmann**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Dies erneuert und verbessert nicht nur die Infrastruktur, sondern es werden auch Tausende von Arbeitsplätzen gesichert und neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen.

## Broschüre

### Ratschläge für überschuldete Familien

Nach Schätzungen befinden sich über eine Million private Haushalte in der Bundesrepublik wegen überhöhter Verschuldung in einer schwierigen sozialen Lage. Um den Betroffenen eine Hilfestellung zu geben, hat das Bundesministerium für Familie und Senioren die Broschüre „Was mache ich mit meinen Schulden?“ neu aufgelegt. Wann ist man überschuldet? Was tun bei Überschuldung? Wie verläuft eine Schuldnerberatung? sind

einige Fragen, auf die darin Antworten gegeben werden. Die Broschüre umreißt kurz die Rechtslage im Verschuldungsfall und gibt Hinweise, an wen sich Überschuldete wenden können. Sie enthält ein aktualisiertes Verzeichnis von Schuldnerberatungsstellen und von Beratungsstellen der Verbraucherzentralen in den alten und neuen Bundesländern.

**Die Broschüre kann schriftlich kostenlos angefordert werden beim: Bundesministerium für Familie und Senioren, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 15 51, 5300 Bonn 2.**

# Desinformationskampagne um Stolpe

**Zur aktuellen Diskussion über die Kontakte des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers:**

Wer trägt die politische Verantwortung: Manfred Stolpe oder die Führung der evangelischen Kirche in der ehemaligen DDR?

Man kann sich, selbst als aufmerksamer Beobachter, nicht des Eindrucks erwehren, daß in den letzten Wochen eine große Desinformationskampagne stattfand. Fakten werden in öffentlichen Diskussionen bewußt oder unbewußt in den Hintergrund gedrängt, um die Frage der politischen und historischen Verantwortlichkeit zu umgehen.

Fest steht, daß

- sich Manfred Stolpe über hundertmal in mehr als zwei Jahrzehnten mit Stasi-Führungsoffizieren getroffen hat,
- die Treffen auch in konspirativen Wohnungen der Stasi stattgefunden haben,
- Informationen politischer und kirchenpolitischer Art von ihm weitergegeben wurden,
- Äußerungen hochrangiger westdeutscher Politiker weitergegeben und kommentiert wurden,
- die Stasi Stolpes Informationen als „überprüft und zuverlässig“ eingeschätzt hat und ein besonderer Quellenschutz veranlaßt wurde,
- Gespräche über Schritte zur „Eindämmung“ von innerkirchlichen Systemkritikern stattgefunden haben,

- begleitende Gespräche über innerkirchliche Wahlen und Personalentscheidungen dokumentiert wurden,
  - eine schriftliche Verpflichtungserklärung nicht nachgewiesen werden konnte,
  - Geldzahlungen oder andere Zuwendungen nicht belegt sind.
- Strittig ist in der Diskussion,
- ob Stolpe nur „abgeschöpft, geleimt, abgehört“ wurde oder
  - ob in solch hochrangigen und wichtigen Fällen nur auf sonst übliche Verfahren wie bei anderen informellen Mitarbeitern verzichtet wurde.

Für die heutige politische Beurteilung kommt es darauf nicht an. Im Mittelpunkt der Diskussion muß die Frage stehen, ob das Einlassen mit den staatlichen Organen unter den Bedingungen eines offensichtlichen Unrechtsregimes noch verantwortbar war oder Grenzen überschritten wurden, die den Handelnden trotz bester Absichten zum Handlanger der Unterdrücker machten.

Die Fakten zeigen, daß sich ein hoher kirchlicher Mitarbeiter in ungewöhnlichem Umfang mit dem Repressionsapparat der DDR auch zu Lasten regimekritischer Kirchenmitglieder eingelassen hat. Geklärt werden muß nun, welche kirchlichen Amtsträger hierüber voll oder teilweise informiert waren und ob sie dieses Vorgehen billigten. Geklärt werden muß weiterhin, ob es andere kirchliche Mitarbeiter gab, die ebenfalls mit Wissen oder im Auftrag der Kirchenführung ähnliche Kontakte unterhielten. Nur so kann aufgeklärt werden, ob der hohe kirchliche Amtsträger Stolpe alleine oder die Kirchenführung ganz oder in Teilen die Verantwortung für das Zusammenwirken mit der menschenverachtenden Diktatur übernehmen muß.

# Schließung der Gauck-Behörde wäre Verrat an den Opfern

**Zu Forderungen aus der SPD-Bundestagsfraktion nach sofortiger Schließung der Gauck-Behörde erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:**

Angesichts der sich verdichtenden Erkenntnisse über die Stasi-Aktivitäten des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und des Ausbleibens der von ihm seit Monaten angekündigten Entlastungsbeweise gehen einigen Herren aus der SPD-Bundestagsfraktion nun vollends die Gäule durch.

Diese wohl als Befreiungsschlag gedachte Forderung der SPD nach Schließung der Gauck-Behörde kann man auch bei zurückhaltender Bewertung nur als Schnapsidee aus dem Lande Absurdistan bezeichnen.

Wer die bittere Wahrheit der Stasi-Akten unterdrücken will, macht gemeinsame Sache mit den Tätern der Stasi und verrät deren Opfer. Er verrät darüber hinaus das Prinzip des Rechtsstaates, der immer auf der Seite der Schwächeren stehen muß. Denn das Recht ist die Macht des Schwachen.

Und genau das wollen offenbar Teile der SPD-Bundestagsfraktion, wenn sie nun in falscher Genossensolidarität zu Herrn Stolpe die sofortige Schließung der Gauck-Behörde verlangen. Sie wollen damit die Opfer rechtlos stellen und die Täter schützen. Daß dies ausgerechnet Parteifreunde des Herrn Stolpe fordern, ist makaber. Geht es doch gerade darum, daß Stolpe vorgab, Opfern helfen zu wollen, offenbar aber mehr mit den Tätern gemeinsame Sache machte, ja Opfern schadete.

## JU startet bundesweite Postkarten-Aktion für Rio

**Die Junge Union Deutschlands startet mit Blick auf die vom 1. bis 12. Juni anstehende Umweltkonferenz in Rio de Janeiro eine bundesweite Postkarten-Aktion.**

50.000 Postkarten wird der amerikanische Präsident bis zum Beginn dieser Konferenz in seinem Briefkasten finden. Mit ihnen wird George Bush aufgefordert, die Umwelt- und Entwicklungskonferenz im Juni aktiv zu begleiten und seinen Einfluß im Hinblick auf eine konkrete Veränderung der weltweiten Umwelt- und Entwick-

lungspolitik geltend zu machen. Wie der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, dazu mitteilte, habe sich die Junge Union bereits im Februar mit einem Fachgespräch mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer und Jugendverbandsvertretern in die Diskussion über die Ursachen der weltweiten Umwelt- und Entwicklungskrise eingeschaltet.

„Diese neue Aktion der Jungen Union soll ebenfalls dazu beitragen, daß die Konferenz in Rio zu einem Erfolg für uns alle wird.“

# Neue SPD-Kampagne zur Streichung von Paragraph 218: Verantwortungslos

Die von der SPD initiierte Kampagne zur Streichung des Paragraphen 218 StGB macht deutlich, daß der SPD an einer gewissenhaften und verantwortungsvollen Auseinandersetzung um eine verfassungskonforme Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nicht ernsthaft gelegen ist, sie sich vielmehr statt dessen auf die Ebene populistischer Stimmungsmache begibt.

Unter dem Deckmantel eines angeblichen Fortschritts für die Frau wird eine klare Verschlechterung des Rechts auf Leben als dem elementarsten aller Menschen- und Grundrechte propagiert. Trotz des Zugewinns an wissenschaftlicher Erkenntnis über Beginn und Entwicklung menschlichen Lebens soll das ungeborene menschliche Leben schutz- und folgenlos zur Disposition gestellt werden.

Die Initiative der SPD läßt jegliche Sensibilität für das bei einem Schwangerschaftskonflikt in Frage stehende ungeborene Kind vermissen. Dieses wird nicht einmal mit einer Silbe erwähnt!

Eine Fristenregelung, die zweifellos ernstzunehmende Schwangerschaftskonflikte einseitig zu Lasten des ungeborenen Kindes lösen will und dabei von vornherein auf jeglichen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Rechtsgütern verzichtet,

ist mit unserer Verfassung unvereinbar. Die Forderung nach einer ersatzlosen Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch verträgt sich nicht mit der vom Bundesverfassungsgericht geforderten rechtlichen Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs und verleugnet die bewußtseinsbildende Signalwirkung strafrechtlicher Vorschriften, wie sie in anderen Bereichen, etwa im Umweltschutz und Tierschutz oder in der Frage des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung der Frau auch von der SPD durchaus anerkannt wird.

**Irgard Karwatzki**, Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Schutz des ungeborenen Lebens“: Ausgangspunkt einer Reform des Abtreibungsrechts muß wie im Einigungsvertrag bestimmt, ein besserer Schutz des ungeborenen Lebens sein. Ein solcher läßt sich nicht mit einer ausschließlich auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau abstellenden Fristenregelung, sondern nur auf der Grundlage einer Indikationsregelung erreichen, die sich im Bewußtsein der Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens zur staatlichen Verantwortung für das Ungeborene bekennt, ohne das Persönlichkeitsrecht schwangerer Frauen in Not- und Konfliktlagen in Frage zu stellen.

## Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch:

*„Wer Abgeordnete bei der Entscheidung über den § 218 durch Kampagnen und Zeitungsanzeigen unter Druck setzt, vergreift sich in seiner Methode. Ich bin nach wie vor dafür, die Diskussion respektvoll und sensibel zu führen, damit wir wirklich allen Beteiligten helfen: den Frauen in Not, die Rat brauchen, ebenso wie den ungeborenen Kindern, denen niemand das Lebensrecht absprechen darf.“*

# Für pragmatische Verbesserungen beim Arbeitsschutz

Die Forderung der SPD nach einem Arbeitsschutzgesetzbuch hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Horst Günther, eine Forderung genannt, die an den wirklichen Problemen vorbeigeht. Vorrangig sei es, schnell zu Fortschritten im Arbeitsschutz zu kommen und entsprechende europäische Richtlinien, die auch von der Bundesregierung mit erarbeitet wurden, umzusetzen.

Die Schaffung eines Arbeitsschutzgesetzbuchs würde dies verzögern, ohne materiell ein Mehr an Sicherheit und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten zu bringen.

Die Bundesregierung verfolgt die Neuordnung im Arbeitsschutz durch drei Gesetzesvorhaben:

- Im Bereich der technischen Harmonisierung bei Geräten und Maschinen durch eine Novellierung des Gerätesicherheitsgesetzes

- im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes durch ein Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit
- und im Arbeitszeitbereich durch ein Arbeitszeitgesetz (anstelle der bisherigen Arbeitszeitordnung).

Mit dem Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit wird in dreierlei Hinsicht Neuland betreten.

**Erstens** werden die grundlegenden Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für den Arbeitsschutz im Betrieb umfassend gesetzlich geregelt. Diese Regelungen werden über den klassischen Arbeitsschutzbegriff hinausgehen und Aspekte der Humanisierung der Arbeit mit einzu beziehen.

**Zweitens** werden die Arbeitsschutzregelungen grundsätzlich für alle Beschäftigungsgruppen gelten.

**Drittens** soll der Auftrag der Unfallversicherungsträger auch auf die Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen ausgedehnt werden. Es ist zu begrüßen, daß die Forderung nach einer Ausweitung der Rechtsetzungsbefugnisse der Unfallversicherungsträger jetzt auch von der SPD (im Gegensatz zu den SPD-geführten Bundesländern) geteilt wird. ■

## Kammern melden 880 000 Auszubildende

Ende 1991 gab es in Deutschland 879.800 Auszubildende in Betrieben von Industrie und Handel, Banken und Versicherungen und im Gast- und Verkehrsgewerbe. Dies teilt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) aufgrund einer soeben abgeschlossenen Umfrage bei den 83 Industrie- und Handelskammern mit.

Danach entfielen auf die alten Bundesländer 734.800 Ausbildungsver-

träge, 21.600 oder 2,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Industrie- und Handelskammern in den neuen Bundesländern verzeichneten 145.000 Auszubildungsverhältnisse. Eine Vergleichszahl aus dem Vorjahr liegt nicht vor.

Während im alten Bundesgebiet knapp 60 Prozent der Ausbildungsverträge auf kaufmännische und verwandte Berufe entfielen, waren es in den neuen Bundesländern rund 40,5 Prozent der Verträge.

# Duales Rundfunksystem in der Krise

Seit Mitte der 80er Jahre besteht in der Medienlandschaft Westdeutschlands eine duale Ordnung des Rundfunks, eine Ordnung, die mit dem Ende des öffentlich-rechtlichen Monopols und der Etablierung des privaten Veranstalter- und Aufsichtssystems im Gefüge der nationalen Rundfunkordnungen Europas zwischen verwandten, weitgehend deregulierten (Großbritannien, Frankreich, Italien) und immer noch regulierten Ordnungen (in den kleineren europäischen Staaten) eine mittlere Position einnimmt.

Dennoch kann die deutsche duale Rundfunkordnung kaum als europäisches Systemvorbild angesehen werden, befindet sie sich doch zur Zeit in einer tiefgreifenden Umbruchphase, in der ihre Ordnungsprinzipien massiv in Frage gestellt werden. Wir erleben einen heftigen Verdrängungswettbewerb des gesetzlich geschützten und gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen die Konkurrenz der auf Werbeeinnahmen angewiesenen privaten Rundfunkveranstalter.

Von Chancengleichheit öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter kann keine Rede mehr sein — und das nicht nur in Ostdeutschland, wo das duale Rundfunksystem immer noch in den Kinderschuhen steckt. Auch in den alten Bundesländern entfernt sich die Rundfunkwirklichkeit immer mehr vom Konzept der dualen Ordnung.

## Ostdeutscher Privatrundfunk im Embryonalstadium

Die Neuordnung der Rundfunkstruktur in den neuen Bundesländern bot die Chance, von Anfang an auf Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlich-rechtlichen

und privaten Veranstaltern zu achten. Aus heutiger Sicht kann man nur sagen: diese Chance wurde vertan!

Die künftige terrestrische Versorgung privater Rundfunkanbieter in Ostdeutschland ist ein Skandal. Gäbe es keinen Satellitenrundfunk, wäre heute, über ein Jahr nach der Wiedervereinigung, Ostdeutschland für den Privatfunk ein „Tal der Ahnungslosen“.

Wie kann von einem dualen Rundfunksystem die Rede sein, wenn einerseits Private TV-Frequenzen nur in zehn Großstädten zur Verfügung gestellt bekommen, während öffentlich-rechtliche Anbieter schon überlegen, wie sie auf Kosten des Gebührenzahlers über den Satelliten ASTRA ihre Programme europaweit abstrahlen können?

Im gerade erst in Kraft getretenen Rundfunkstaatsvertrag haben sich auch die

**Von Joseph-Theodor Blank,  
medienpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion**

neuen Bundesländer verpflichtet, den privaten Veranstaltern ausreichende Sendekapazitäten zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre über Satelliten ausgestrahlten Fernsehprogramme — unter Berücksichtigung lokaler und regionaler Beiträge — auch über terrestrische Fernsehfrequenzen verbreiten können. Mit dem Angebot von City-Wellen ist diesem bindenden rechtlichem Auftrag des Rundfunkstaatsvertrages jedenfalls nicht Genüge getan.

In Westdeutschland haben die öffentlich-rechtlichen Programmanbieter nach

Beendigung ihres Sendemonopols nur eine Antwort auf die Herausforderung durch private Anbieter gefunden: Expansion!

So verbreiten immer mehr ARD-Landesrundfunkanstalten ihre regional konzipierten Fernseh- und Hörfunkprogramme europaweit via Satellit.

So wird etwa seit dem 26. September 1991 das dritte Fernsehregionalprogramm des NDR/RB/SFB, „N 3“, über ASTRA 1 B europaweit ausgestrahlt. Entsprechende Überlegungen stellt der Bayerische Rundfunk für sein 3. Fernsehprogramm an, das derzeit über Kopernikus für den gesamten deutschsprachigen Raum gesendet wird. Wo ist hier der gesetzliche Auftrag? Es ist unvertretbar, daß Rundfunkanstalten in Deutschland eigenmächtig europaweites Satellitenradio betreiben können.

Völlig unverständlich ist erst recht, daß der MDR, der sich noch in der Aufbau-phase befindet und mit Millionensummen von der gerade erst beschlossenen Gebührenerhöhung profitiert, bereits erwägt, sein 3. Fernsehprogramm über Satellit zu verbreiten.

Die europaweite Ausstrahlung von regionalen Rundfunkprogrammen ist durch den Grundversorgungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht zu rechtfertigen: Es ist absurd, daß der NDR-Gebührenzahler über seinen Zwangsbeitrag künftig mit Millionensummen auch die Satellitenmiete für ASTRA 1 b bezahlen soll, nur damit N 3 von Schottland bis Polen und auch auf Sizilien empfangen werden kann — ohne daß dafür eine gesetzliche Grundlage besteht. Im Gegenteil: Auslandsrundfunk soll auch nach den Plänen der Ministerpräsidenten künftig ausschließlich der Deutschen Welle vorbehalten bleiben.

Bei dieser immensen Expansion der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist es

kein Wunder, daß ihr Finanzbedarf ständig wächst, daß große Anstalten zunehmend Geldprobleme haben und die Finanzierung kleinerer Sender nicht mehr gesichert ist. Schon jetzt etwa sind die Ausgaben des neuen Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB), nicht voll gedeckt, obwohl der Sender bereits 45 Millionen Mark aus dem ARD-Finanzausgleich beantragt hat.

So kann es nicht weitergehen. Die ARD steckt in einer tiefen Krise! Die Kündigung der Vereinbarung über den ARD-Finanzausgleich durch den Hessischen Rundfunk ist ein deutliches Warnsignal.

## **Das Gebot der Stunde ist alleine die Verminderung der Ausgaben!**

Doch davon ist bei den Anstalten wenig zu hören — im Gegenteil: Gerade noch haben die Länder im neuen Rundfunkstaatsvertrag die 20-Uhr-Werbegrenze im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausdrücklich bestätigt. Doch schon versuchen die ARD-Intendanten, durch die Hintertür zu einer Lockerung der Werberestriktionen zu kommen. Die von der ARD geplante Fernsehwerbung im 2-Minuten-Block nach Mitternacht hat nichts mit einer kreativen Nutzung noch nicht ausgelasteter Werbezeit zu tun, wie der ARD-Vorsitzende und WDR-Intendant Nowotny behauptet. Vielmehr ist dieser „Dracula-Block“ mit dem Sinn und Zweck der staatsvertraglichen Bestimmung, die durch eine Begrenzung der Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk dem privaten Rundfunk eine faire Wettbewerbschance geben will, schlichtweg unvereinbar.

Die Ausstrahlung der Dracula-Werbung wurde denn auch von einem Hamburger Gericht vorläufig untersagt.

Anstatt auf obskure Weise an der Durchbrechung der 20-Uhr-Werbegrenze zu

basteln, sollte die ARD sich lieber überlegen, wie sie ein dem Grundversorgungsauftrag entsprechendes vielfältiges Programm anbieten könnte.

Mit der Reduzierung der Regionalberichterstattung zugunsten einer Ausweitung von Unterhaltungsfilmen im ARD-Vorabendprogramm ist es aber nicht getan:

Trudelt der öffentlich-rechtliche Unterhaltungsdampfer ARD immer häufiger im Fahrwasser der privaten Sender, folgt also dem Wettbewerb öffentlich-rechtlicher und privater Anstalten als Werbeträger auch ein Wettbewerb als Programmanbieter, so ist zu befürchten, daß der Grundversorgungsauftrag noch mehr als schon bisher vernachlässigt wird!

Auch jüngste Entwicklungen innerhalb der zweiten, privatwirtschaftlich geprägten Säule unserer dualen Rundfunkordnung sind bedenklich.

Sieht man einmal von der geradezu exzessiv genutzten Möglichkeit der Unterbrecherwerbung und der zunehmenden Programmverödung auf niedrigstem Unterhaltungsniveau ab, so zeigt vor allem der sich verschärfende Wettbewerb zwischen den privaten Veranstaltern, daß es mit der staatsvertraglich geforderten Medienvielfalt durch Außenpluralität nicht weit her ist.

## Anforderungen an CDU-Medienpolitik

Diese Entwicklungen in unserem Rundfunksystem können nur dadurch korrigiert werden, daß der ordnungspolitische Rahmen für den Wettbewerb öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter neu definiert wird.

Im Grunde genommen kann ein ordnungspolitisch stringentes Rundfunksystem nur über eine klare Trennung von Gebühren- und Werbefinanzierung nach englischem Vorbild realisiert werden. Es

würde die politisch gebotene Grundversorgung gewähren und gleichzeitig Chancengleichheit für privatwirtschaftlich verfaßte Medien schaffen. Allerdings läßt sich eine derart idealtypisch gedachte Rundfunkordnung in der jetzigen Rundfunklandschaft wohl kaum noch durchsetzen.

Ordnungspolitisch zwingend erforderlich sind aber zumindest mehrere Korrekturen, die die Bedingungen für chancengleichen Wettbewerb zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern verbessern.

Dazu muß gewährleistet werden, daß sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf ihren Grundversorgungsauftrag konzentrieren und beschränken. Nur so ist das Gebührenprivileg auf Dauer gerechtfertigt. Der Expansionspolitik der öffentlich-rechtlichen Sender, der Vermehrung von Programmen und der Ausweitung von Werbung, muß Einhalt geboten werden! Insbesondere gilt es, eine effizientere Struktur der ARD-Anstalten zu finden. Die Auflösung von Kleinstsendern darf kein Tabu sein. Können nicht durch Zusammenlegung kleinster Sender, etwa des saarländischen Rundfunks oder von Radio Bremen, mit anderen Anstalten Programme effizienter gestaltet werden?

Im privatwirtschaftlichen Bereich muß die Wettbewerbskontrolle durch die Landesmedienanstalten intensiviert werden. Die Länder müssen prüfen, ob die im Rundfunkstaatsvertrag vorgesehenen Instrumente der Konzentrationsüberwachung ausreichend sind, um Meinungspluralität zu gewährleisten.

Diese Reformen des dualen Rundfunksystems dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, wenn die Medienpolitik glaubwürdig bleiben will. ■



## Pressemarkt in den neuen Bundesländern

# Regionalzeitungen mit hohem Anteil politischer Berichterstattung

**Im Auftrag des Bundesministers des Innern ist erstmals der Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt in den neuen Bundesländern umfassend untersucht worden. Danach unterscheidet sich die Struktur des Pressemarktes in den neuen Bundesländern wesentlich von der im früheren Bundesgebiet.**

So haben die regionalen Tageszeitungen in den neuen Ländern größere Verbreitungsgebiete. Mit Auflagen zwischen 120.000 bis über 500.000 Exemplaren haben sie auch wesentlich höhere Auflagen. Sie zählen damit zu den größten 30 Tageszeitungen in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Untersuchung werden weiterhin zur Struktur des Pressemarktes folgende Feststellungen getroffen:

- Der Pressemarkt in den neuen Bundesländern hat seine alten Konturen behalten.

- Die Gesamtauflage der regionalen Abonnementpresse liegt bei ca. 7 Millionen Exemplaren. Drei Viertel aller Ausgaben und über 85 Prozent der Gesamtauflage entfallen auf die 15 inzwischen privatisierten ehemaligen SED-Bezirkszeitungen.

- Zeitungsneugründungen sind häufig gescheitert. Sie haben nur noch einen Marktanteil von ca. 10 Prozent.

- Zeitungen aus den alten Ländern sind wenig gefragt.

Die Forschungsgruppe unter Leitung von Frau Prof. Dr. Beate Schneider, Hochschule für Musik und Theater Hannover,

hat das inhaltliche Angebot an 16 ausgewählten Zeitungen der neuen Bundesländer untersucht.

- Danach zeichnen sich diese Regionalzeitungen durch einen hohen Anteil politischer Berichterstattung aus. Das bestätigt sich auch bei den Straßenverkaufszeitungen.

- Die Lokalteile in der Regionalpresse sind wesentlich kleiner als bei vergleichbaren Ausgaben von Zeitungen aus dem früheren Bundesgebiet und bei Neugründungen. Personen und Institutionen werden in zwei Dritteln aller Fälle als aktiv, nur in einem Drittel als passiv handelnd dargestellt.

- Die untersuchten Zeitungen tragen dem hohen Informations- und Beratungsbedarf der Bürger in den neuen Bundesländern Rechnung.

---

### **Unterschiedliche Schwerpunkte**

---

- Sie unterscheiden sich besonders in der politischen Berichterstattung und Kommentierung. Die jetzt privatisierten ehemaligen SED-Bezirkszeitungen berichten über Arbeitslosigkeit wesentlich häufiger als die Ausgaben, die als neues Zeitungsangebot in Ostdeutschland auf den Markt gekommen sind. Bei diesen Zeitungen liegt das Schwergewicht der Berichterstattung beim Thema Vergangenheitsbewältigung.

- Ein wesentlicher Unterschied zwischen Zeitungen aus den neuen und alten Bun-

## Anerkennung der Erziehungsleistung nicht nur am Muttertag

**Am 10. Mai ist wieder Muttertag — oft der einzige Tag im Jahr, an dem die enormen Leistungen, die Mütter Tag für Tag für die Familie, für ihre Kinder, in Haushalt und Beruf erbringen, zur Sprache kommen.**

Viele — insbesondere in den neuen Ländern — tragen als Alleinerziehende eine besonders große Belastung und Verantwortung; die Mütter, die heute Rentnerinnen sind, haben in besonders schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren ihre Kinder großgezogen.

Erstmals überhaupt wurde die Erziehungsleistung von Müttern 1986 mit der Einführung eines Erziehungsgeldes und des damit verbundenen Erziehungsurlaubs finanziell anerkannt; gleichzeitig wurde — auch dies ein Novum — die Erziehungszeit in der Rentenversicherung berücksichtigt.

Seitdem sind diese Leistungen, aber auch andere familienpolitische Hilfen, kontinuierlich verbessert worden.

### Wort gehalten

Ab Januar 1992 wurde der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie auf drei Jahre verlängert. Daneben wurden das Kindergeld für das erste Kind von 50 auf 70 DM angehoben und der Kinderfreibetrag auf 4.104 DM jährlich je Kind erhöht. Ab Januar 1993 wird die Zahlung des Erziehungsgeldes erneut um ein halbes Jahr auf insgesamt zwei Jahre verlängert.

Die Bundesregierung hat damit trotz vielfältiger anderer Belastungen des Staatshaushaltes Wort gehalten bei der Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Familien weiter gezielt finanziell zu entlasten und zu unterstützen.

desländern besteht offenbar hinsichtlich der Berichterstattung in der Wahl der Perspektive. Die Gesamtinteressen des vereinten Deutschland werden in den Zeitungen der neuen Bundesländer nur wenig wahrgenommen.

Die Lesetreue gerade bei den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ist nach Auffassung der Forschungsgruppe möglicherweise auf das aus sozialer Verunsicherung entstehende Bedürfnis zurückzuführen, am Gewohnten festzuhalten.

Die Entwicklung auf dem Zeitschriftenmarkt ist weit uneinheitlicher verlaufen

und läßt sich auch Anfang 1992 noch nicht sicher einschätzen.

Hier deutet sich eine Entwicklung an, wonach sich alte bzw. modifizierte Titel durchsetzen. Die thematisch konkurrierenden westdeutschen Titel entsprechen offenbar nicht den Bedürfnissen der Leser. Die ungewohnte Aufmachung, der Stil, der Inhalt und der Preis sind offensichtlich die Gründe für die ablehnende Haltung. Nur wenige Spezialzeitschriften mit Servicecharakter sind gefragt. Dagegen haben sich die von den westdeutschen Verlagen eigens für die neuen Bundesländer konzipierten Objekte durchsetzen können.

**Europa-Feuerzeug**

Bestell-Nr.: 9506  
 Verpackungseinh.: 25 Stück  
 Preis je Einheit:  
 ▼ 23,75 DM.



**Das neue Europa-Aktionszeichen als Aufkleber**

Bestell-Nr.: 9480  
 Verpackungseinheit: 100 St.  
 Preis je Einheit: 12,- DM. ▼



**WIR MACHEN UNS STARK FÜR  
 EUROPA**



Das abgebildete Rahmenplakat (DIN A1, Bestell-Nr.: 8481, Verpackungseinheit: 50 Expl., Preis je Einheit: 25,- DM) gibt es auch als Rahmenflugblatt: DIN A4, Bestell-Nr.: 1482, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je Einheit: 18,- DM.

**FÜR EUROPA-AKTIONEN**



▲ **CDU-Schlüsselanhänger**  
 Bestell-Nr.: 9455  
 Verpackungseinh.: 25 Stück  
 Preis je Einheit: 26,25 DM.

**Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



### Liebe Fußballfreunde,

bei der Fußball-Europameisterschaft 1992 treten wir erstmals wieder mit einer gesamtdeutschen Nationalmannschaft an. Unser Team fügt über Mannschaftsgeist und Spielstärke mit guten Chancen in diese sportliche Begegnung der Länder Europas.

Wächst jetzt politisch und wirtschaftlich zusammen. Wie im Sport müssen wir auf diesem Gebiet fit sein, um den Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Leistungsfähige Wirtschaft und qualifizierte Arbeitnehmer sind dafür die Voraussetzung. Der große europäische Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand, Voren und Dienstleistungen im Sport-zusammenhang. Die neuen Aufgaben gemein-

spannende Spiele und  
mit viel Erfolg.

**NEU:**

## Fußball-Europameisterschafts-Kalender

Bestell-Nr.: 2472  
Verpackungseinheit: 250 Stück  
Preis pro Einheit: 22,50 DM

Bestellungen an:  
**IS-Versandzentrum**  
Postfach 1328  
4804 Versmold  
Fax (054 23) 4 1521

# UID

14/1992

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** wv Verlagsgesellschaft mbH, Düsseldorf.